

Österreich als Drehscheibe für ukrainische Geldwäsche

Milliardenströme über Wien: Finanzministerium schaut weg!



Über Österreich laufen über 1.000 Bargeld- und 19 Goldtransporte in die Ukraine mit einem Gesamtwert von rund 20 Milliarden Euro. Das österreichische Finanzministerium stuft die kriminellen wie gleichsam dubiosen Vorgänge als reguläre Bankdienstleistungen ein, ohne Kenntnis über Herkunft oder endgültige Verwendung der Gelder.

von [Günther Strauß](#)

Seit Jahren laufen über Österreich regelmäßig hochvolumige Werttransporte in Richtung Kiew. Nach Angaben des Finanzministeriums wurden bislang 1.011 Bargeldtransporte sowie 19 Goldtransporte mit einem Gesamtwert von rund 20 Milliarden Euro-Äquivalent abgewickelt

Auffällig ist dabei weniger die schiere Höhe der Summen als vielmehr die Tatsache, dass zentrale Fragen offenbleiben. Weder Herkunft noch wirtschaftlich Berechtigte noch die konkrete Verwendung der Gelder sind den Behörden bekannt

Eine parlamentarische Anfrage der FPÖ rückt damit einen Bereich in den Fokus, der sich zwischen klassischem Bankgeschäft, Kriegsfinanzierung und regulatorischen Grauzonen bewegt.

Laut der ministeriellen Auskunft handelt es sich um physische Werttransporte, die überwiegend bei der ukrainischen Staatsbank [Oschadbank](#) ankommen. Die aufgelisteten Volumina umfassen:

- 11,85 Milliarden Euro in bar
- 7,69 Milliarden US-Dollar, umgerechnet rund 6,5 Milliarden Euro
- Gold- und Edelmetalltransporte im Wert von etwa 143 Millionen Euro

Der Transportfluss nahm im Jahr 2025 deutlich zu und setzte sich 2026 ungebrochen fort. Mehr als 500 Sendungen wurden allein im Vorjahr registriert, weitere über hundert in den ersten Monaten des laufenden Jahres. Abwicklung und Organisation laufen überwiegend über Wien, häufig unter Einbindung der Raiffeisen Bank International.

Das Finanzministerium bewertet die Vorgänge als reguläre Bankdienstleistungen, die ordnungsgemäß bei Zoll und Finanzmarktaufsicht gemeldet worden seien.

Besonders ins Auge fällt, was in den Unterlagen nicht auftaucht. Auf parlamentarische Nachfragen verweist das Finanzministerium wiederholt auf fehlende Zuständigkeiten oder nicht verfügbare Informationen.

Damit bleiben zentrale Punkte im Dunkeln, darunter die ursprüngliche Herkunft der Bargeld- und Goldbeträge, die wirtschaftlich Berechtigten hinter den Transaktionen, die konkrete Verwendung der Mittel in der Ukraine sowie die Frage, ob vertiefte Prüfungen im Hinblick auf Geldwäsche oder Sanktionsrisiken überhaupt stattgefunden haben.

Die Behörde argumentiert, es handle sich um private Bankgeschäfte, für die über die bestehenden Melde- und Deklarationspflichten hinaus keine weitergehenden Prüfungen vorgesehen seien.

Dieser Zugang steht in deutlichem Spannungsverhältnis zu den strengen Regeln im Inland. Für Unternehmen und Privatpersonen gelten klare Bargeldobergrenzen, umfangreiche Meldepflichten ab 10.000 Euro bei Grenzübertritten sowie ein enges Netz an Anti-Geldwäsche-Vorgaben. FPÖ-Generalsekretär Christian Hafenecker spricht in diesem Zusammenhang von einem systematischen Wegsehen.

Für zusätzliche Aufmerksamkeit sorgte ein Vorfall am 5. März 2026. Auf einer Raststätte bei Budapest stoppte die ungarische Anti-Terror-Einheit TEK zwei gepanzerte

Transportfahrzeuge mit österreichischem Bezug. An Bord befanden sich laut Behördenangaben rund 40 Millionen US-Dollar, 35 Millionen Euro in bar sowie neun Kilogramm Gold.

Die sieben ukrainischen Begleiter wurden vorübergehend festgenommen, darunter Gennadiy Kuznetsov, ein ehemaliger SBU-Offizier mit Verbindungen zum Umfeld des früheren ukrainischen Präsidialamts. Ungarn sprach von einem möglichen Geldwäschefokus, während die Ukraine protestierte. Die Fracht wurde später freigegeben und an die Oschadbank überstellt.

Der Vorfall wirkte wie ein Brennglas auf die gesamte Logistikkette der Werttransporte. Gleichzeitig verdichten sich in der Ukraine selbst Korruptionsvorwürfe gegen hochrangige politische Kreise. Der frühere Leiter des Präsidialamts, Andrei Jermak, trat im November 2025 nach einem politischen Skandal zurück.

Gegen ihn laufen Ermittlungen wegen mutmaßlicher Geldwäsche in der Größenordnung von rund zehn Millionen US-Dollar. Im Zentrum stehen Vorwürfe rund um Scheinfirmen sowie Immobiliengeschäfte im Umfeld staatlicher Energieunternehmen.

Auffällig ist zudem, dass Personen aus seinem Umfeld, darunter auch Begleiter eines in Ungarn gestoppten Geldtransports, in unterschiedlichen Ermittlungssträngen wieder auftauchen.

Während innerhalb der EU jeder größere Bargeldtransfer streng kontrolliert wird, bewegen sich im Kontext der Ukraine-Unterstützung Milliardenbeträge in physischer Form durch Bank- und Transportkanäle, ohne dass Herkunft und Endverwendung nachvollziehbar gemacht werden.

Das Finanzministerium verweist auf die Legalität der Abläufe. Man sieht darin vor allem eine formale Betrachtung, die die eigentliche Frage offenlässt: Wie viel Kontrolle findet tatsächlich statt, wenn Bargeld und Gold in dieser Größenordnung durch ein Kriegsgebiet fließen.

Damit bleibt Österreich in einer ungewöhnlichen Rolle: als logistischer Knotenpunkt eines Finanzstroms, der regulatorisch sauber erscheinen soll, dessen tatsächliche Transparenz jedoch begrenzt bleibt.